

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis: frei
Sous monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und
Druck: Volksbildungs-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH, Halle, Lindenstraße 14.

Verlegerpreis: 15 Groschen je H. d. Millimeter 5500 u. Spalte; 70 Groschen je H. d. Millimeter im Textteil.
Monatspreis zu richten nach Halle, Verlegerstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2355. Telegramm-Adress: „Klassenkampf“
Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Verlegerpreis: Leipzig 1008 48 Preis 40 Pf. Postf.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, den 8. April 1926

6. Jahrgang * Nr. 82

Tschitscherin über das Genfer Fiasko

Die Abrüstungstomödie — Zusammenbruch der Chamberlain-Politik von Locarno — Deutschlands Rolle — Amerikas Europa-Politik

WAS, Moskau, 7. April. (Melung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion). In einer Unterredung mit Moskauer Journalisten drückte Tschitscherin seine Verwunderung über die Presse-meldungen aus, nach welchen einige Regierungen die Antwort der Sowjets auf die Einladung zur Abrüstungskonferenz in Genf unglücklich erzwungen. „Die Sowjetregierung“, so sagte Tschitscherin, „hat wiederholt unambiguös erklärt, sie könne

keinesfalls an auf Schweizer Boden stattfindenden Beratungen teilnehmen.

Die Sowjetregierung, welche als erste bereits in Genoa als Verehrter der allgemeinen Abrüstung auftrat, hat wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, an jeder Beratung zwecks Einschränkung der Rüstungen den von ihm auch sein möge, teilzunehmen. Jedoch angesichts der hartnäckigen Weigerung der imperialistischen Regierung, den minimalen rechtmäßigen Forderungen der Sowjetregierung, ist eine Einigung von Sowjetregimenten nach der Schweiz eine direkte Unmöglichkeit. Der Beschluß des Völkerbundesrats, die Kommission nach Genf einzuberufen, beweist, daß die führenden Völkerbundmächte, welchen der Standpunkt der Sowjets wohl bekannt ist,

eine Teilnahme der Sowjetunion weder an der Vorbereitungs-kommission, noch an der nachherigen Abrüstungskonferenz wünschen.

Schon diese Tatsache allein zeigt, daß diese Mächte nicht die geringste Absicht hegen, an eine wirkliche Abrüstung heranzutreten. Die Lösung der Genfer Kommission wird eine leere Kamödie sein und einen neuen Beweis der Machtlosigkeit des Völkerbundes, irgendeine Art Festigung des Friedens beizutragen, darstellen.

Im vorigen Jahre verurteilte England, den Völkerbund als ein Element in seinem komplizierten Spiel der Fiktion der Regierungen durch Zusammenziehung aller führenden Regierungen gegen die Sowjetunion auszusagen. In einer Reihe offizieller Erklärungen wurden diese Absichten offensichtlich bestätigt. Die Locarno-Kombination sollte zur Isolierung der Sowjetunion und zum gemeinsamen Kampf nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen die im ihre Befreiung kämpfenden Kolonial-völker führen.

Der Völkerbund erhebt die Rolle einer Hilfsorganisation zur Durchführung der Locarno-Kombination, der dieselbe Rolle zu machen sollte, wie vor einem Jahrzehnt der Heilige Allians. In seiner Unterredung vor Genf verglich Chamberlain die Politik der englischen Regierung mit derjenigen Englands zur Zeit Lord Castlereags und dadurch ebenfalls mit der Politik der Heiligen Allians.

Während die Völkerbündler, die unter der wirtschaftlichen Krise und den internationalen Gegensätzen ihrer selbst, dem Völkerbund und von Locarno die Gewährleistung ihrer Stütze erhoffen, bedeutete Locarno für die englische Regierung eine neue Heilige Allians.

Die Disziplinierung des Völkerbundes in Genf

bedeutet, daß die Gegnerhaft zwischen den Mächten härter ist, als deren diplomatischen Verhältnisse eines Zusammenstoßes in einer einheitlichen Organisation kam. In der Bildung einer Einheitsfront. Das Genfer Fiasko ist eine bedeutungsvolle Niederlage der Chamberlainischen Kontinentalpolitik, welche auf die Verarmdung Englands in einen „Superarbeiter“ Gesamt Europas hinstrebt.

Tschitscherin spricht weiter die Vermutung aus, daß Englands Tendenzen zugunsten der Annäherung an die Dominions unter Ab-schwächung der Teilnahme an den Angelegenheiten des Kontinents erklärbar werden und führt ein Gespräch mit Lord George nach dem Scheitern der Konferenz von Genoa an, in dem dieser erklärte, wenn die Verträge, den Kontinent aus dem Chaos herauszuführen, möglich wären, so würde England auf die Teilnahme an den Angelegenheiten des Kontinents verzichten und die Annäherung an die Dominions suchen müssen.

Die unmittelbare Ursache des Genfer Zusammenbruchs“, so führt Tschitscherin, „liegt in den

in den Widersprüchen der Politik Chamberlains,

der alle Staaten gegen die Sowjetunion zusammenzufassen sucht, ohne dem zwischen ihnen bestehenden Antagonismus Rechnung zu tragen. Durch die Unterhütung der polnischen Ansprüche auf einen Völkerbundsarat als Eingangsbedingung für die Benachteiligung Polens in Locarno verlor Chamberlain, die beginnende sowjet-politische Annäherung zu durchbrechen.

In seiner Bestrebungen, Polen zu einer Westorientierung zu veranlassen und an der antikomunistischen Einheitsfront teilnehmen zu lassen, hat Chamberlain die deutsch-polnischen Interessengegenstände nicht in Betracht gezogen. Er verwickelte sich in Widersprüche in seiner eigenen Politik, indem er einerseits Deutschland Frankreich entgegenzustellen suchte, andererseits aber Polen für die Wiederherstellung in Locarno einschloß und es als Gegenpartei gegen Deutschland aufstellen wollte. Das Ergebnis der Politik Chamberlains, die Bildung einer Einheitsfront gegen die Sowjetunion, beruhte auf unüberwindlichen inneren Widersprüchen, deren Nichtbeachtung durch Chamberlain selbst

zum Zusammenbruch der Einheitsfront in Genf führte. Der Untergang des Locarno-Vertrages mag die Weg zu einer unmittelbaren deutsch-französischen Annäherung

frei, zu welcher sich Briand vor Genf geneigt zeigte. Mit Bezug auf die Kammerklärung Briands vom 28. Februar, in der er bei der Betonung der Bedeutung Locarnos für die Schaffung Frankreichs darauf hinwies, daß sich in Berlin hervorragende politische Persönlichkeiten aufstellten, die verstanden, die deutsche Regierung zu einer Weigerung, mit Frankreich einen Sicherheitspakt zu beschließen, zu veranlassen, sagte Tschitscherin: „Am Briand zu be-rufen, muß ich meine wiederholten Erklärungen in Erinnerung rufen, daß die Sowjetregierung mit allergrößter Sympathie einer unmittelbaren deutsch-französischen Annäherung als dem Weg zur Basisierung des Kontinents auf den Grundlagen, die nicht zur Herrschaft außenstehender Mächte führen, entgegensteht.“

Hinsichtlich der Vorkläge, die nach der Genfer Völkerbundsver-sammlung gemacht wurden, betreffend die Abschaffung der obligatorischen Einmütigkeit der Völkerbundsentscheidungen, erklärte Tschitscherin, die Einführung des Grundgesetzes der Beschlußfassung nach Stimmenmehrheit würde den

Einfluß Deutschlands im Völkerbundsrat ganz illusorisch

machen und Deutschland jeder Garantie dagegen berauben, daß ihm unannehmbare Beschlüsse aufzuzwingen werden. Für Deutschland könne der Genfer Zusammenbruch der gesamten Politik der deutschen Regierung in der letzten Zeit als frische Veranschaulichung dafür dienen.

wohin das Fortschreiten der gegenwärtigen Westorientierung über die weitere Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion führe.

Tschitscherin fragte: „Wenn die Regierungen, von denen Deutsch-land die Aufnahme in den Völkerbundsrat erhoffte, machtlos waren, diese Formalität zu erfüllen, was kann dann Deutschland er-warten, wenn es einmal an eine solche Angelegenheiten ankommen wird?“

Die internationale Politik der Vereinigten Staaten

berühmt, wie Tschitscherin auf die Dualität in der Stellung-nahme amerikanischer Kreise zu Locarno und zu Genf hin und sagte: „Einerseits ist Amerika von der Perspektive der Europäer als der Voraussetzung der europäischen Kreditfähigkeit interessiert, andererseits aber befürchten die Vereinigten Staaten den engeren Zusammenhalt der europäischen Staaten als eine Störung in der weiteren Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses Amerikas in Europa. Letzteres spielt für die künftige Gestaltung der amerikanischen Politik eine größere Rolle, denn die Schwächung des Zusammenstoßes der euro-päischen Länder erleichtert die amerikanische Durchdringung in Europa. Welche Formeln die amerikanischen Staatsmänner für ihre Europapolitik ausstellen mögen, ihr Gebot ist stets immer die weitere Unterordnung Europas unter die Herrschaft des ameri-kanischen Kapitals.“

schlossen, ab heute früh auch die Annahme von Wasser zu ver-weigern, bis die Maßnahmen zurückgezogen sind.

Wenig Einprüche gegen das Volksbegehren
Das Wahlprüfungsgericht wird laut „Völkischer Zeitung“ an-fänglich der Einprüche gegen die Durchführung des Volksbegehrens nicht zulassen. Der Grund, aus dem man diesen Zusam-mentritt für überflüssig erachtet, liegt darin, daß eine Veränderung an dem praktischen Ergebnis doch nicht möglich ist, da das Volks-begehren unstrittig erfolgreich war. Die Zahl der eingegangenen Einprüche ist sehr gering.

Obige Meldung ist sehr interessant. Allgemein mußte mit einer größeren Ungültigkeitserklärung von Einträgen gerechnet werden. Angehört der großen Wahlmündigkeit und des Grundes der Arbeiterpartei hat man während von dieser Maßnahme genommen. Nur eine noch größere Beschäftigung wird deshalb den Sieg des Volksentscheides sichern.

Rund um die schwarzweikrote Korruption

Die Fäulniserscheinungen in der deutschen Bourgeoisie

Halle a. d. S., 8. April.

Als die deutsche Öffentlichkeit mit Staunen und Entsetzen den ungeheuren Barmat-Skandal vor sich aufrollen ließ, enthielt sich das Bild einer der „höchsten“ Kreise des Staatsapparates und der „Wirtschaft“ vorfindenden Korruptionsatmosphäre von Unter-lagerungen, eleganten Schlingungen, Verunstaltungen und einer beispiellos dalkenden, krampflösen Anstehen- und Betrüger-gesellschaft. Sozialdemokratische Presse und sozialdemokratischer Parteivorstand hatten die Hände voll zu tun, um die rebellierende Mitgliedschaft zu beruhigen. Die Deutschnationalen aber und die gesamte Brestemente der Schwerindustrie lobten sie beiseite gegen die „Sawwirtschaft der Republik“, gegen die „Herabwürdigung der Beamtenlehre“ und bestimmten die Standalaffären der „Hilfskräfte der Revolution“. Wir wissen, warum die schwarzweikrote Partei sich so geblüht haben — ihr ganzes Geldverdi hatte seinen anderen Zweck, als daß sie nun endlich an die gelegneten Futtertrüben kommen müßten. Wir haben von vornherein darauf hingewiesen, was der Barmat-Skandal bedeutet: nicht weil die SPD, einige schlechte Führer hatte und weil diese mit einigen „schlechten“ Freunden verkehrten, ist der Barmat-Skandal ent-standen. Eine Partei, die ihrem inneren Wesen nach eine Partei der politischen Betrugung und der politischen Korruption darstellt, die SPD, die sich als Partei im wesentlichen nicht auf die Arbeiter-klasse, also auf ehemals proletarische Schichten, die von der Bourgeoisie zwecks Aberschlagung des gesamten Proletariats mit höchsten Köhnen, Meistern und Staatspolizei systematisch be-trogen und forumpert werden, eine Partei, die in ihrer altfährlichen Politik mit einer durch und durch verfaulten Bourgeoisie zusammen-arbeitet und dieses Feilschen und Kupfeln um möglichst hohe Anteile bei dem Geschäft der Volksausbeutung als wahr, auf dem „Boden der Talsachen“ liegende Realpolitik bezeichnet, eine solche Partei wird immer und immer wieder mit hineingerissen in die verpestete Korruptionsatmosphäre einer morschen, zugrunde gehenden Gesellschaftsordnung.

Der Barmat-Skandal ist inzwischen verrückt. Die Bourgeoisie hätte sich dank der amerikanischen „Bill“, dank der Hindenburg-Wahlen und dank der von der SPD, im übrigen eifrig unterstützten Wiederherstellung der Arbeiterpartei hart genug um auf das sozial-demokratische Feilschen zu verzichten. Sie hat sich für ihre rentable Stabilisierung zuverlässiger Geschäftsführer — die Luther-Regierung — und noch zuverlässiger, energiegelager Knüttelpardner, das riesige Netz der „waterländischen“ Organisationen bestellt und herangezogen. Leider ist dabei ein Mischgeschick passiert, die „Stabilisierung“ funktionierte auf einmal nicht mehr so richtig — es kam die Wirtschaftskrise!

Und was sehen wir? Die schwarzweikrote Maulaufreiter mit den „hohen Führer-Idealen“, mit der „deutschen Ehrlichkeit und Standhaftigkeit“, mit dem patriotischen Gespinnst „für Volk und Vaterland“, die beim Barmat-Skandal nicht laut genug schreien konnten um der Arbeiterpartei der Republik und dem „unheimlichen“, „jüdischen“ Eigen-nutz, dieselben Leute und Kreise enthielten sich heute als noch viel korruptere, gefinnungslosere Gestalten als der ganze SPD- und Barmat-König.

Angefangen hat es mit den Memmorden. Mit Bestechungs-geldern der Schwerindustrie wurde der Christliche Landarbeiter-Verband für die Unterhütung des Memmorden Schulz gefasst, ganz abgesehen von den Mitgliedern, die das deutsche Unternehmertum in die schwarze Form-Bekleidung hineingesteckt hat, und abge-schwen von den Summen, die bei diesen dunklen Geschäften „verloren“ gingen. Daraufhin kamen die alarmierenden Nachrichten über den Frankfurter-Skandal der ungarischen Monarchisten, und die böh-mische Regierung verlor heute noch vergeblich, die Beteiligung der böh-mischen Monarchisten und die lokale Unfähigkeit der bayerischen Polizei zu vertuschen. Alle waterländischen Organisationen unter gültiger Aufsicht der sozialdemokratischen Führer machen verweir-felte Anstrengungen, um die Juppel-in-Gener-Expende wieder in Schutz zu bringen, die fetten Profiteure der „Agitationsleiter“ haben jedoch der Bevölkerung die Augen geöffnet. Daraufhin kamen immer neue Tatsachen über Korruptions- und Bestechungs-Skandale aus dem glanzreichen Kaiserreich aus. Augustin. Wenn hätte Wehrmacht-Führer brachten durch Aufsehen erregende Pro-schüren ihre eigene moralische Verkommenheit und die vollkommen moralische Verblümung der nationalen „Führer“gestalten vom Schloge eines Herrn Kloppe in die Öffentlichkeit. Vor wenigen Wochen erst war der „Hakenkreuz-Verlag“ in Dresden gemungen, einen Hilferuf an die nationalen Verbände loszulassen, um den sicheren Bankrott aufzuhalten. Selbst vor der „hohen“, „unantast-baren“, nur nach „Recht und Gerechtigkeit“ urteilenden Justiz macht das fäulnische Gift der allgemeinen Korruption nicht halt. Die Be-zugsung Hingens hat aufgereizt, mit welcher Raffinesse und List-lüßigen Gemeinheit die unerschöpfte persönliche Bereicherung durch Betrug, Diebstahl, Einbruch u. s. f. sogar zur Kommunisten-behe benutzt wurde. Nicht minder große Schandereien hat die Ver-handlung gegen Weisner, den Chef des schändlichen „Volksopfers“, aufgedeckt. Gelder, die zur „Vänderung der Not der Inflations-opfer“ gesammelt waren, wurden ohne Befehlen an Duzende von

27 politische Gefangene im Hungerstreik!

(Eig. Draht.) Berlin, 8. April.

Zu dem Hungerstreik unserer Genossen im Kottbusser Gefängnis erfahren wir noch, daß den Gefangenen auch ein Antrag auf Ver-längerung der Speiseurlaubnis mit ihren Angehörigen (nach der Strafprozessordnung ganze 10 Minuten) verweigert wurde. Daran-schlechten fäulnische politischen Gefangenen es ab, ihre Angehörigen überhaupt zu sehen. Als Antwort hat die Direktion die Freifreund-angefangenen und den Gefangenen alle Verzehrungen entzogen. Als Protest gegen diese Schikanen streichen sämtliche politischen Ge-fangenen von Kottbus, im ganzen 27, seit Ostermontag in Hunger-streik, um die Zurücknahme dieser Verordnungen zu erzwingen. Wie wir dann letzten aus Kottbus erfahren, haben die Gefangenen bei

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs- und Druck-Redaktions-Geschäftsstelle für den Bezirk Halle-Merseburg, 60663, Halle, Postfachstraße 14.

Einzelverkaufspreis: 13 Geldschein f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Geldschein f. 60 Millimeter im Textteil. Monatspreise zu richten nach Halle, Postfachstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2261. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Verteilung: Comenius- u. Privat-Verlag, Halle. Postfachstr. 1008 43 Fritz Kreis, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, den 8. April 1926

6. Jahrgang * Nr. 82

Tschitscherin über das Genfer Fiasko

Die Abrüstungskomödie — Zusammenbruch der Chamberlain-Politik von Locarno — Deutschlands Rolle — Amerikas Europa-Politik

Moskau, 7. April. (Nachricht der Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union.) In einer Unterredung mit Moskauer Journalisten drückte Tschitscherin seine Verwunderung über die Presse-meldungen aus, nach welchen einige Regierungen die Antwort der Sowjets auf die Einladung zur Abrüstungskonferenz in Genf ungebührlich erwiderten. „Die Sowjetregierung“, so sagte Tschitscherin, „hat wiederholt unzweideutig erklärt, sie könne

keinesfalls an auf Schweizer Boden stattfindenden Beratungen teilnehmen.

Die Sowjetregierung, welche als erste bereits in Genua als Vertreter der allgemeinen Abrüstung auftrat, hat wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, an jeder Beratung zwecks Einschränkung der Rüstungen, von wem sie auch bewirkt sein möge, teilzunehmen. Jedoch angesichts der hartnäckigen Weigerung der schweizerischen Regierung, den minimalen rechtmäßigen Forderungen der Sowjetregierung im Zusammenhang mit der Ermordung Morawis entgegenzukommen, ist eine Einladung von Sowjetvertretern nach der Schweiz eine direkte Unmöglichkeit. Der Vorschlag des Abrüstungsrats, die Kommission nach Genf einzuberufen, beweist, daß die führenden Abrüstungsmächte, welchen der Standpunkt der Sowjets wohl bekannt ist,

eine Teilnahme der Sowjetunion weder an der Vorbereitungs-kommission, noch an der nachherigen Abrüstungskonferenz wünschen.

Schon diese Tatsache allein zeigt, daß diese Mächte nicht die geringste Absicht hegen, an eine wirkliche Abrüstung heranzutreten. Die Lösung der Genfer Kommission wird eine leere Komödie sein und einen neuen Beweis der Machtlosigkeit des Abrüstungsrats abgeben, irgendeine zur Festigung des Friedens beizutragen, beizustellen.

Im vorigen Jahre verurteilte England, den Abrüstungsbund als ein Element in seinem komplizierten Spiel der Fiktion der Sowjetunion durch Zusammenfassung aller führenden Regierungen gegen die Sowjetrepublik anzusehen. In einer Reihe offizieller Erklärungen wurden diese Absichten offenherzig bekundet.

Die Locarno-Kombination sollte zur Fiktion der Sowjetunion und zum gemeinsamen Kampfe nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Kolonial-völker führen.

Der Abrüstungsbund erhebt die Rolle einer Hilfsorganisation zur Durchführung der Locarno-Kombination, der dieselbe Rolle zu machen sollte, wie vor einem Jahrzehnt der Heiligen Allianz. In seiner Unterherrschaft vor Genf verließ Chamberlain die Politik der englischen Regierung mit derjenigen Chamberlains zur Zeit Lord Castlereags und dadurch identisch mit der Politik der Heiligen Allianz.

Während die Volksmassen, die unter der wirtschaftlichen Krise und den internationalen Gegensätzen immer leiden, vom Abrüstungsbund und von Locarno die Erleichterung ihrer Notlage erhoffen, bedeutet Locarno für die englische Regierung eine neue Heilige Allianz.

Die Destruktion des Abrüstungsbundes in Genf

beweist, daß die Gegnerhaft zwischen den Mächten kälter ist, als deren diplomatische Versuche eines Zusammenfassens in einer einseitigen Organisation bzw. in der Bildung einer Einheitsfront. Das Genfer Fiasko ist eine bedeutungsvolle Niederlage der Chamberlain'schen Kontinentalpolitik, welche auf die Verwandlung Englands in einen „Superarbeiter“ Gesamt-Europas hinführt.

Tschitscherin spricht weiter die Vermutung aus, daß Englands Tendenz zugunsten der Annäherung an die Dominions unter Abschmähung der Teilnahme an den Angelegenheiten des Kontinents erklären werden und führt ein Gespräch mit Lord George nach dem Scheitern der Konferenz von Genua an, in dem dieser erklärte, wenn die Versuche, den Kontinent aus dem Chaos herauszuführen, mißlingen sollten, so werde England auf die Teilnahme an den Angelegenheiten des Kontinents verzichten und die Annäherung an die Dominions suchen müssen.

Die unmittelbare Ursache des Genfer Zusammenbruchs“, so führt Tschitscherin fort, „liegt in den

Widerprüchen der Politik Chamberlains,

27 politische Gefangene im Hungerstreik!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. April.

Zu dem Hungerstreik unserer Genossen im Kottbuser Gefängnis erfahren wir noch, daß den Gefangenen auch ein Antrag auf Verlängerung der Sprecheraubnis mit ihren Angehörigen (nach der Strafprozessordnung ganze 10 Minuten) verweigert wurde. Daraufhin sämtliche politische Gefangenen es ab, ihre Angehörigen überhaupt zu sehen. Als Antwort hat die Direktion die Freistunde aufgehoben und den Gefangenen alle Vergünstigungen entzogen. Als Protest gegen diese Schikanen setzen sämtliche politischen Gefangenen von Kottbus, im ganzen 27, seit Donnerstag im Hungerstreik, um die Zurücknahme dieser Verbordnungen zu erlangen. Wie wir dann letzten aus Kottbus erfahren, haben die Gefangenen bei

der alle Staaten gegen die Sowjetunion zusammenzuschließen sucht, ohne dem zwischen ihnen bestehenden Antagonismus Rechnung zu halten. Durch die Unterbrechung der politischen Ansprüche auf einen Abrüstungsbund als Einheitsfront für die Benachteiligung Polens in Locarno verlor die Chamberlain-Politik, die beginnende sowjet-politische Annäherung zu durchkreuzen.

In seinen Bestrebungen, Polen zu einer Befreiung von der Verantwortung und der antipolitischen Einheitsfront teilnehmen zu lassen, hat Chamberlain die deutsch-politischen Interessen entgegengekommen nicht in Betracht gezogen. Er vermaßte sich in der Überzeugung seiner eigenen Politik, indem er einerseits Deutschland finanziell entgegenzustellen suchte, andererseits aber Polen für die Niederlage in Locarno entschädigen und es als Gegengewicht gegen Deutschland aufstellen wollte. Das Genz der Politik Chamberlains, die Bildung einer Einheitsfront gegen die Sowjetunion, beruhte auf unüberwindlichen inneren Widersprüchen, deren Nichtbeachtung durch Chamberlain selbst

zum Zusammenbruch der Einheitsfront in Genf

führte. Der Untergang des Locarno-Vertrages machte den Weg zu einer unmittelbaren deutsch-französischen Annäherung

frei, zu welcher sich Briand vor Genf geneigt zeigte. Mit Bezug auf die Kameraderie des Briand vom 24. Februar, in der er bei der Betonung der Bedeutung Locarnos für die Sicherheit Frankreichs darauf hinwies, daß sich in Berlin heranziehende politische Persönlichkeiten aufhielten, die verstanden, die deutsche Regierung zu einer Weigerung, mit Frankreich einen Einheitspakt zu beschließen, zu veranlassen, sagte Tschitscherin: „Imstand zu beschließen, muß ich meine mündlichen Erklärungen in Erinnerung rufen, daß die Sowjetregierung mit allergrößter Sympathie einer unmittelbaren deutsch-französischen Annäherung als dem Weg zur Pazifizierung des Kontinents auf den Grundlagen, die nicht zur Herrschaft außenstehender Mächte führen, entgegensteht.“

Hinsichtlich der Versuche, die nach der Genfer Abrüstungsver-sammlung gemacht wurden, betreffend die Abschaffung der obligatorischen Einheitsfront der Abrüstungsratsmitglieder, erklärte Tschitscherin, die Einführung des Grundgesetzes der Beschlußfassung nach Stimmeneinheit würde den

Einfluß Deutschlands im Abrüstungsrat ganz illusorisch

machen und Deutschland jeder Garantie berauben, daß ihm unannehmbare Beschlüsse aufzuzwingen werden. Für Deutschland hätte der Genfer Zusammenbruch der gesamten Abrüstungspolitik den Einfluß Deutschlands im Abrüstungsrat ganz illusorisch

gemacht und Deutschland jeder Garantie berauben, daß ihm unannehmbare Beschlüsse aufzuzwingen werden. Für Deutschland hätte der Genfer Zusammenbruch der gesamten Abrüstungspolitik den Einfluß Deutschlands im Abrüstungsrat ganz illusorisch

gemacht und Deutschland jeder Garantie berauben, daß ihm unannehmbare Beschlüsse aufzuzwingen werden. Für Deutschland hätte der Genfer Zusammenbruch der gesamten Abrüstungspolitik den Einfluß Deutschlands im Abrüstungsrat ganz illusorisch

gemacht und Deutschland jeder Garantie berauben, daß ihm unannehmbare Beschlüsse aufzuzwingen werden. Für Deutschland hätte der Genfer Zusammenbruch der gesamten Abrüstungspolitik den Einfluß Deutschlands im Abrüstungsrat ganz illusorisch

gemacht und Deutschland jeder Garantie berauben, daß ihm unannehmbare Beschlüsse aufzuzwingen werden. Für Deutschland hätte der Genfer Zusammenbruch der gesamten Abrüstungspolitik den Einfluß Deutschlands im Abrüstungsrat ganz illusorisch

gemacht und Deutschland jeder Garantie berauben, daß ihm unannehmbare Beschlüsse aufzuzwingen werden. Für Deutschland hätte der Genfer Zusammenbruch der gesamten Abrüstungspolitik den Einfluß Deutschlands im Abrüstungsrat ganz illusorisch

gemacht und Deutschland jeder Garantie berauben, daß ihm unannehmbare Beschlüsse aufzuzwingen werden. Für Deutschland hätte der Genfer Zusammenbruch der gesamten Abrüstungspolitik den Einfluß Deutschlands im Abrüstungsrat ganz illusorisch

Rund um die Schwarzweizkrote Korruption

Die Fäulniserscheinungen in der deutschen Bourgeoisie

Halle a. d. S., 8. April.

Als die deutsche Öffentlichkeit mit Entsetzen und Enttäuschen den ungeheuren Barmat-Skandal vor sich entrollen sah, entfiel ihm das Bild einer der „höchsten“ Kreise des Staatsapparates und der „Wirtschaft“ veratenden Korruptionsatmosphäre von Unter-schlagungen, eleganten Schiebung, Veruntreuung und einer beispiellos dastehenden, frustrierten Ausbeuter- und Betrüger-gesellschaft. Sozialdemokratische Presse und sozialdemokratischer Parteivorstand hatten die Hände voll zu tun, um die rebellierende Mittelklasse zu beruhigen. Die Deutschnationalen aber und die gelamte Presselemente der Schwerindustrie lobten wie besessen gegen die „Sauberkeit der Republik“, gegen die „Serabwürdigung der deutschen Besamternehmer“ und beschwerten die Standesaffären als „Gefährden der Revolution“. Wir müssen, warum die schwarzwei-roten Derschreier so geküßt haben — ihr ganzes Geld hat keine anderen Zweck, als daß sie nun endlich an die gesagten Futtertruppen kommen müßten. Wir haben von vornherein darauf hingewiesen, was der Barmat-Skandal bedeutet: nicht weil die SPD einige schlechte Führer hatte und weil diese mit einigen „Schlechten“ Freunden verkehrten, ist der Barmat-Skandal entstanden. Eine Partei, die ihrem inneren Wesen nach eine Partei der politischen Betrugung und der politischen Korruption darstellt, die SPD, die sich als Partei im wesentlichen stützt auf die Arbeit-klasse, also auf ehemals proletarische Schichten, die von der Bourgeoisie zwecks Niederhaltung des gelamten Proletariats mit höheren Löhnen, Meisterlöhnen und Staatsposten systematisch be-frosen und forumpert werden, eine Partei, die in ihrer alltäglichen Politik mit einer durch und durch verfaulenden Bourgeoisie zusammen-arbeitet und dieses Fäulnis und Kuhhandel um möglichst hohe Anteile bei dem Geschäft der Volksausbeutung als wahrer, auf dem „Boden der Talachen“ liegende Realpolitik bezeichnet, eine solche Partei wird immer und immer wieder mit hineingerissen in die verregelte Korruptionsatmosphäre einer morosen, zugrunde gehenden Gesellschaftsordnung.

Der Barmat-Skandal ist insofern verärgert. Die Bourgeoisie fühlte sich dank der amerikanischen „Hilfe“, dank der Hindenburg-Wahlen und dank der von der SPD so überaus eifrig unterstützten Niederhaltung der Arbeiterkraft stark genug, um auf das sozial-demokratische Feigenblatt zu verzichten. Sie hat sich für ihre rentable Stabilisierung zuverlässigere Geschäftsführer — die Luther-Regierung — und noch zuverlässigere, energiegeladene Knüttelgardien, das riesige Netz der „waterlandischen“ Organisationen bestellt und herangezogen. Leider ist dabei ein Mißgeschick passiert, die „Stabilisierung“ funktionierte auf einmal nicht mehr so richtig — es kam die Wirtschaftskrise!

Und was haben wir? Die schwarzweizen Maulausreißer mit den „hohen Führer-Posten“, mit der „christlichen Ehrlichkeit und Standhaftigkeit“, mit den patriotischen Gefühlen „für Volk und Vaterland“, die beim Barmat-Skandal nicht laut genug schreien konnten von der Ader-wirtschaft der Republik und dem „undeutschen“, „jüdischen“ Eigen-nutz, dieselben Leute und Kreise enthielten sich heute als noch viel korruptere, gefinnungslosere Gestalten als der ganze SPD- und Barmat-Klingel.

Angesehen hat es mit den Zementorden. Mit Bestechungs-geldern der Schwerindustrie wurde der Christliche Landarbeiters-Verband für die Unterbrechung des Zementorders Schulz gekauft, ganz abgesehen von den Hungerlöhnen, die das deutsche Unternehmern-tum in die schwarze Nord-Weichschmelze hineingekocht hat, und abge-sehen von den Summen, die bei tiefem dunklen Geschäft „verloren“ gingen. Dazwischen kamen die alarmierenden Nachrichten über den Frankfurter-Skandal der ungarischen Monarchisten, und die bairische Regierung verlor heute noch vergeblich, die Beteiligung der bairischen Monarchisten und die lokale Unfähigkeit der bairischen Polizei zu verstehen. Alle waterlandischen Organisationen unter gültiger Aufsicht der sozialdemokratischen Führer machen verweil-te Anstrengungen, um die Juppelin-Edenere-Spende wieder in Schutz zu bringen, die letzten Konventionen der „Agitationsteiler“ haben jedoch der Bevölkerung die Augen geöffnet. Dazwischen kamen immer neue Tatsachen über Korruptions- und Bestechungs-Standale aus dem glorreichen Kaiserreich aus Tageslicht. Nam-hafte Wehrwolf-Führer brachten durch Ausschlag erregende Bro-schüren ihre eigene moralische Verkommenheit und die vollkommene moralische Verwundung der nationalen „Führer“gestalten vom Schloge eines Herrn Kloppe in die Öffentlichkeit. Vor wenigen Wochen erst war der „Hakenkreuz-Verlag“ in Dresden gezeugen, einen Hakenkreuz an die nationalen Verbände loszuschaffen, um den sicheren Bankrott aufzuhalten. Selbst vor der „höchsten“, unantast-baren „Recht und Gesetz“ urteilenden „Recht“, macht das schleichende Gift der allgemeinen Korruption nicht halt. Die Ver-ehrung Bürgers hat aufgegeben, mit welcher Raffinesse und leit-fähigen Gemeinheit die unerschöpfte persönliche Bereicherung durch Betrug, Diebstahl, Einbruch u. s. f. sogar zur Kommuniten-keuse benutzt wurde. Nicht minder große Schrecken hat die Ver-handlung gegen Weisner, den Chef des schändlichen „Volksopers“, aufgedeckt. Gelder, die zur „Änderung der Not der Inflations-opier“ gesammelt waren, wurden ohne Befehle an Dutzende von



Widerorientierung
licher Beziehungen
n, von denen Deutsch-
erhoffte, machtlos
dann Deutschland er-
gegenheiten ankommen
igten Staaten
ität in der Stellung-
von Genf hin und lagte:
gierung und Europas
nichtigkeit interstert,
nigen Staaten als eine
scheiden und wirtschaft-
stieres spielt für die
st ein größere
nenschliches der euro-
Durchdringung in
Einheitsmächte für
Endeffekt bleibt immer
Herrschaft des ameri-
von Wasser zu ver-
ind.
Volksbegehren
süßiger Zeitung“ an-
den des Volksbegehrens
nicht zusammenzutreten. Der Grund, aus dem man diesen Zusammen-
tritt für überflüssig erachtet, liegt darin, daß eine Veränderung
an dem praktischen Ergebnis doch nicht möglich ist, da das Volks-
begehren unsterk erfolgreich war. Die Zahl der eingegangenen
Einprüche ist sehr gering.
Obige Meldung ist sehr interessant. Allgemein mußte mit einer
größeren Angilitätserklärung von Eintragungen geteilt werden.
Angeklagt der großen Volksmannsbeteiligung und des
Zwangs der Arbeiterkraft hat man Abstraktionen dieser Maßnahme
genommen. Nur eine noch größere Volksbeteiligung wird beschal-
den Sieg des Volksentscheids sichern.